

TOP 1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Sitzungsverlauf:

Gemäß § 35 Abs. 1 Satz 4 der Gemeindeordnung sind die in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse in der nächsten öffentlichen Sitzung bekanntzugeben, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen.

In der nichtöffentlichen **Sitzung des Gemeinderats am 25.06.2025** wurden keine Beschlüsse gefasst.

In der nichtöffentlichen **Sitzung des Werksausschusses am 30.06.2025** wurde folgender Beschlüsse gefasst:

Der Werksausschuss erkennt die im Erfolgsplan 2024 entstandenen Mehraufwendungen für das Freizeitbad Bellamar an und beschließt die daraus resultierende Überschreitung von über 10 % gegenüber dem ursprünglich genehmigten Planansatz 2024.

Die weiteren Themen der **Sitzung des Werksausschusses vom 30.06.2025**, die des **Kultur- und Bildungsausschusses vom 02.07.2025**, des **Technischen Ausschusses vom 09.07.2025** sowie des **Verwaltungsausschusses vom 16.07.2025** sind Gegenstand der heutigen oder einer der nächsten Sitzungen des Gemeinderats.

TOP 2 Bürgerfragestunde

Sitzungsverlauf:

Bürger 1 hat eine Frage zur öffentlichen Behindertentoilette am Schlossplatz. Er möchte wissen, ob es möglich sei der außen wartenden Begleitperson im Falle eines Notfalls ein Hilfesignal (irgendwelcher Art) zu geben, ohne eine halbe Stunde warten zu müssen. Derzeit sei der Hilfefknopf an einer Außenwand angebracht, der von der Toilette aus nicht erreichbar sei. Die Toilettentür würde sich erst nach einer halben Stunde wieder von alleine entriegeln.

Der Vorsitzende kann dies nicht direkt beantworten, die Verwaltung werde sich die Situation vor Ort anschauen.

**TOP 3 Kindergartenfinanzierung; überplanmäßige Ausgabengenehmigung für
Defizite aus den Betriebskostenabrechnungen 2024
Vorlage: 3018/2025**

Sitzungsverlauf:

Stadträtin Fackel-Kretz-Keller ist befangen und wechselt in den Zuschauerraum.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der TOP bereits im Kuba sowie im VWA vorberaten worden sei. Bei der überplanmäßigen Ausgabe handele es sich um den Betrag, den die Stadt an die Kirchen und freien Träger entrichten müsse. Grund seien vor allem die gestiegenen Personalkosten. Man werde jetzt gemeinsam mit den Trägern und dem Rechnungsprüfungsamt nochmal auf die Kostenstrukturen schauen und eventuell strukturell nachbessern.

Keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 725.000 Euro auf Grund der Defizite aus den Betriebskostenabrechnungen der Kindergärten aus dem Jahr 2024 zu und stellt die erforderlichen Mittel im Haushalt zur Verfügung.

Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 1

TOP 4 Feuerwehr:

TOP 4.1 Beschaffung von zwei Abrollbehältern - Transportplattform für den Transport und Lagerung der CitySafe Straßensperren
Vorlage: 3048/2025

Sitzungsverlauf:

Bereits zum Weihnachtsmarkt 2024 habe die Stadt zusätzliche CitySafe-Straßensperren zur Absicherung beschafft. Um diese schnell und kraftsparend transportieren zu können, habe man einen Wechsellader angeschafft. Die Einsparung von Ressourcen rechtfertige das.

Keine weitere Aussprache.

Beschluss:

1. Der Bereitstellung und der Verwendung von außerplanmäßigen Mitteln in Höhe von 30.000 EUR (brutto) für die Beschaffung von 2 Transportplattformen wird zugestimmt.
2. Der Gemeinderat beschließt die Vergabe der Beschaffung an die Fa. Strobach Container GmbH in 71692 Möglingen, Daimlerstr. 60.

Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4.2 Bereitstellung von außerplanmäßigen Finanzmitteln für den Einbau einer Brandwarnanlage in das Feuerwehrgerätehaus Schwetzingen
Vorlage: 3047/2025

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende gibt zu, dass die Anschaffung einer Brandwarnanlage für das Feuerwehrhaus lustig klinge. Es gebe auch keine Pflicht zum Einbau. Der Fall aus dem hessischen Stadtallendorf zeige jedoch, dass diese Investition aus Versicherungsgründen durchaus sinnvoll sei. In Stadtallendorf war im vergangenen Jahr ein frisch in Betrieb genommenes Feuerwehrhaus mitsamt Inventar abgebrannt. Um die enormen Werte von 26 Mio. Euro für den Fuhrpark und das Feuerwehrgebäude in Schwetzingen abzusichern, seien die Kosten für die Brandwarnanlage in Höhe von 75.000 Euro gerechtfertigt. Damit werde eine erfahrene Fachfirma beauftragt, die zeitnah mit dem Einbau beginne.

Stadtrat Prof. Brand gibt zu bedenken, dass es sich hier wieder um eine nicht geplante Ausgabe handele. Diese sei zwar sinnvoll, aber sei das wirklich der geringste Mitteleinsatz?

Der Vorsitzende rechtfertigt die Kosten. Bei einer vergleichbaren klassischen Brandmeldeanlage müsse man Wände aufmachen und Leitungen verlegen. Hier wäre man mit Kosten von 250.000 Euro dabei zuzüglich 6.000 Euro jährlich für den laufenden Betrieb. Jetzt zahle man lediglich 700 Euro jährlich dafür. Zudem sei die Brandwarnanlage aus Verwaltungssicht genau das, was man brauche.

Beschluss:

3. Der Bereitstellung und der Verwendung von außerplanmäßigen Mitteln in Höhe von **75.000 EUR** (brutto) für den Einbau einer smarten Brandwarnanlage in das Feuerwehrgerätehaus Schwetzingen wird zugestimmt.
4. Der Gemeinderat beschließt die Vergabe zum Einbau einer Brandwarnanlage an die Firma SafeFireHouse, 59519 Möhnensee, Möhnestr. 2.

Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 5 Sanierungsangelegenheiten:

TOP 5.1 Sanierung des Sportplatzes des städtischen Stadions - Fortschreibung der Maßnahme

Vorlage: 3017/2025/1

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende erläutert die anstehende Sanierung als notwendige Investition in den Schul- und Vereinssport, die man seit vielen Jahren geschoben habe. Aufgrund der vielfältigen Schäden könne man derzeit keine Wettkämpfe durchführen. Bei der Planung habe sich die Stadt mit den beiden nutzenden Vereinen SV und TV abgestimmt. Aktuell schätze man die Sanierungskosten auf 3,25 Mio. Euro. Positiv sei der Förderbescheid des Landes in Höhe von 189.000 Euro. Kürzlich sei dazu auf Einladung der Stadt auch Staatssekretär Schebesta vor Ort gewesen, mit dem man über weitere Fördermöglichkeiten gesprochen habe. Bereits für 1 Mio. Euro saniert sei der Kunstrasenplatz. Dort könnten jetzt wieder Vereins- und Schulsport stattfinden.

Es folgen die Stellungnahmen der Stadträte Petzold und Bürger, Stadträtin Dr. Hierschbiel sowie Stadtrat Pitsch, die in der Anlage beigefügt sind (s. Stellungnahme zu TOP 5).

Laut Prof. Brand beschließe man heute – den Stellungnahmen seiner Vorgänger/innen folgend – ein Herzensprojekt. Er sehe die finanzielle Belastung allerdings unterbeleuchtet, die Ausgaben seien horrend und müssten im Grunde glatt abgelehnt werden. Es sei aber ein wichtiges Projekt für die Schulen, die Jugend und die Vereine – insofern werde man dieser Ausgabe zustimmen müssen.

Stadtrat Zieger signalisiert klare Zustimmung.

Beschluss:

Die Fortschreibung der Maßnahme wird zur Kenntnis genommen und die Verwaltung wird mit der weiteren Planung und Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 5.2 Sanierung der Stützmauer Mühlenstraße/Ecke Anwesen Heidelberger Straße 18

Vorlage: 3026/2025

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage und den Zustand der Mauer anhand von Fotos. Da der Gehweg im Eigentum der Stadt sei, müsse man hier handeln.

Stadtrat Bürger und Stadträtin Dr. Hirschbiel geben hierzu eine Stellungnahme für ihre Fraktion ab (s. Stellungnahme zu TOP 5)

Stadtrat Pitsch empfindet die 50.000 Euro an Planungskosten als sehr hoch.

Amtsleiter Schemenauer erklärt, dass für die Statik gleich zwei Gutachten erstellt werden mussten außerdem Planungskosten angefallen seien. Damit seien zwei Büros beschäftigt worden.

Der Vorsitzende ergänzt, dass man im Wege der Sanierung den Übergang zum Einfädeln in den Radweg dabei gleich mitgestalten würde.

Beschluss:

Der Sanierung der Stützmauer entlang der Mühlenstraße/Ecke Anwesen Heidelberger Straße 18 sowie der Sanierung der Fahrbahndecke des Teilstücks der Mühlenstraße, von der Nadlerstraße kommend ab Höhe des Wohnhauses Herzogstraße 35 bis zum Einmündungsbereich zur Herzogstraße, wird zugestimmt.

Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 5.3 Hebel-Gymnasium - Ausschreibung von Garten- und Landschaftsbauarbeiten im Rahmen der Neugestaltung des Schulhofes
Vorlage: 3033/2025/1

Sitzungsverlauf:

Seit vielen Jahren ist das Thema Schulhofsanierung auf der Agenda. Gerade an heißen Tagen sei der Schulhof eine Hitzeinsel und auch ansonsten wenig attraktiv. Bei der Neuplanung habe man Schüler/innen und Lehrerschaft eingebunden und deren Vorschläge in die Planungen eingearbeitet und somit ein gemeinsames Paket entwickelt. Nach der ersten Vorstellung der Planung im Technischen Ausschuss im Januar habe man die Kosten noch einmal reduziert. Heute wolle man den Auftrag vergeben, damit die Baumaßnahme in den Sommerferien starten könnten.

Stadtrat Rupp weist darauf hin, dass die Schulhofsanierung bereits beim Bau der Mensa geplant gewesen sei aber aus Kostengründen verschoben worden sei. Der erste Entwurf von LS² sei ebenfalls zu teuer und überfrachtet gewesen. Die daraufhin reduzierte Planung sei jetzt Grundlage der Ausschreibung gewesen. Das sei endlich mal ein Bauvorhaben, welches im vorgegebenen Kostenrahmen bleibe. Der jetzige Zustand sei untragbar. Die angedachte Begrünung verbessere das Mikroklima.

Es folgen die Stellungnahme von Stadtrat Bürger, Stadträtin Dr. Hierschbiel und Stadtrat Pitsch (s. Stellungnahme zu TOP 5).

Stadtrat Prof. Brand dankt den Stadträten Bürger und Pitsch, die mit pädagogischem Sachverstand in der Vorberatung zu einer sinnvollen Planung verholpen hätten. Das städtische Gymnasium ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Stadtgesellschaft. Für die FDP wären zwar weitere Einsparungen möglich gewesen, bspw. beim farbigen Oberflächenbelag, dennoch stimme die FDP zu.

Beschluss:

Der Vergabe der Leistungen für Garten- und Landschaftsbauarbeiten im Rahmen der Neugestaltung des Schulhofs des Hebel-Gymnasiums an die Firma Grewe GmbH aus 68525 Ladenburg in Höhe von 719.767,03 EUR wird zugestimmt.

Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 6 Hofapotheke:

**TOP 6.1 Hofapotheke - Renovierung und Umbau zur künftigen Nutzung als Verwaltungsgebäude – Umplanungen, Kostenanpassungen und Zeitplan
Vorlage: 3015/2025/1**

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende behandelt TOP 6.1 und 6.2 gemeinsam.

Der Vorsitzende gibt an, dass die Stadt das Thema der Kosten auch bei der Hofapotheke umtreibe. Es sei richtig gewesen, das Gebäude 2017 zu erwerben um neue Verwaltungsräume zu erhalten und das Ensemble der Hebelstraße 1-7 zu komplettieren. Im laufenden Planungsprozess sei das Projekt aber immer teurer geworden. Zuletzt hätten Kosten in Höhe von 4,4 Mio. Euro im Raum gestanden. Daher habe man im Juli einen Kassensturz gemacht. Bei den Planungen habe man jetzt vor allem beim Dachausbau abgespeckt, so dass die Kosten nun bei rund 3,2 Mio. Euro liegen werden. Dennoch seien dies im Vergleich zu den ursprünglichen Kostenschätzungen Mehrkosten, die durch allgemeine Kostensteigerungen verursacht worden seien. Aktuell sehe man aber bei den Vergaben einen gegenläufigen Trend, die Kosten blieben zurzeit glücklicherweise oft unter den Schätzungen. Da die Verwaltung die Räume benötige, wolle man mit dem Projekt jetzt zügig weitermachen.

Stadtrat Rupp stört sich an der kurzen Ausschreibungsfrist, welche die Stadt bei der Vergabe angesetzt habe. Er halte die Fristen zu knapp, keine Firma könne in diesem Zeitraum seriös kalkulierte Angebote abgeben. Hier sei eine Frist von mindestens sechs Wochen nötig.

Der Vorsitzende dankt für die Anregung. Aufgrund des Zeitdrucks zur Einhaltung des Bauzeitenplans sei die Frist jedoch nötig gewesen.

Stadtrat Zieger sieht den Denkmalschutz und dessen Auflagen als Hauptkostentreiber. Diesen Fakt gelte es mehr zu kommunizieren.

Es erfolgt getrennte Abstimmung bei TOP 6.1. und 6.2..

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die weitere Umsetzung unter Berücksichtigung der neuen Kostenberechnung (Stand 20.05.2025) mit einem Kostenbudget von 3.190.000 Euro und des Projektablauf- und Bauzeitenplans.

Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 6.2 Hofapotheke - Ermächtigung der Verwaltung zur Auftragsvergabe für die Zimmermanns- und Dacharbeiten, der Mauerwerksarbeiten sowie der Schreinerarbeiten (Bauelemente)
Vorlage: 3045/2025

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende erläutert die Notwendigkeit der Satzungsänderung.

Keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, das Gewerk Dach- und Zimmermannsarbeiten bis zur geschätzten Auftragssumme von 483.000 Euro zuzüglich von max.10% zur Kostenschätzung, das Gewerk Mauerwerksarbeiten bis zur geschätzten Auftragssumme von 104.000 Euro zuzüglich von max.10% zur Kostenschätzung, sowie das Gewerk Schreinerarbeiten (Bauelemente) bis zur geschätzten Auftragssumme von 172.000 Euro zuzüglich von max.10% zur Kostenschätzung an die jeweils wirtschaftlichsten Bieter zu vergeben.

Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 7 Benutzungsordnung Palais Hirsch - Personenbegrenzung aufgrund
Versammlungsstättenverordnung
Vorlage: 3036/2025**

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende erläutert die Notwendigkeit der Satzungsänderung.

Keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt mit Wirkung ab sofort die in der Anlage zu dieser Beschlussvorlage befindliche Neufassung der „Benutzungsordnung Palais Hirsch“.

Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8 Einführung einer Entgeltspflicht bei Wohnmobilstellplätzen
Vorlage: 3038/2025/1

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage und den Vorschlag der Verwaltung die Gebühr auf 12 Euro pro Tag festzusetzen. In der Vorberatung habe der Antrag der SFW auf 15 Euro Gebühr pro Tag eine Mehrheit gefunden. Bei rund 1.200 Nutzungen pro Jahr kämen so rund 18.000 Euro Einnahmen in den städtischen Haushalt.

Stadtrat Melkus möchte im Hinblick auf Strafzettel wissen, was das Parken ohne Ticket kosten werde. Amtsleiterin Rogowski erläutert, dass dies von der Parkdauer abhängt.

Die FDP stellt den Antrag, die Gebühr auf 14 Euro festzusetzen, da andere Stellplätze für 15 Euro mehr Service böten.

Unterstützt von den Grünen wird über diesen Antrag abgestimmt. Ergebnis: Bei 5 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Danach erfolgt die Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt die Entgeltordnung für Wohnmobilstellplätze mit Inkrafttreten zum 1. Januar 2026
2. Der Gemeinderat beschließt die Höhe des Entgelts für die Nutzung eines Wohnmobilstellplatzes ab dem 1. Januar 2026 auf 15 Euro pro 24 Stunden festzulegen.
3. Der beiliegenden Kalkulation stimmt der Gemeinderat in seinen einzelnen Bestandteilen zu.

Ja 22 Nein 2 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 9 Erhöhung der Pachten zum 01.01.2026
Vorlage: 3040/2025

Sitzungsverlauf:

Stadträte Schimmele, Fackel-Kretz-Keller und Renkert verlassen wegen Befangenheit den Ratstisch.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Stadt ca. 88 Grundstücke verpachte. Die angedachte Erhöhung um 30 Prozent bringe im Jahr nur Mehreinnahmen in Höhe von 1.500 Euro ein. Dennoch sei eine Anpassung nach elf Jahren erforderlich.

Beschluss:

1. Die Pachten für städtische Pachtgrundstücke werden zum 01.01.2026 um 30% erhöht.
2. Ausgenommen von der Erhöhung sind landwirtschaftlich genutzte Grundstücke sowie Grundstücke, die an Vereine zur gärtnerischen Nutzung verpachtet sind.
3. Die Verwaltung wird damit beauftragt die entsprechenden Vertragsanpassungen umzusetzen.

Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 3

**TOP 10 Kleine Krautgärten - jährliche Umlage der Frischwasserkosten auf die Pächter
Vorlage: 3037/2025**

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage. Man wolle die Kosten für den Wasserbezug nach dem Verursacherprinzip verteilen und werde daher die Frischwasserkosten künftig auf die Pächter umlegen.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt die jährliche Umlage der jeweils im Vorjahr entstandenen Frischwasserkosten auf die Pächter der Kleinen Krautgärten.
2. Erstmals soll die Umlage der Frischwasserkosten des Jahres 2024 auf die 55 Pächter im Laufe des Jahres 2025 erfolgen. Dabei werden die Gesamtkosten des Frischwasser- bezugs für die Kleinen Krautgärten durch die Anzahl der bestehenden Gärten dividiert.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Anpassung der Pachtverträge vorzunehmen.

Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 11 Anerkennung der vom Gemeinsamen Gutachterausschuss Südwestlicher
Rhein-Neckar-Kreis erstellten Mietübersicht 2024
Vorlage: 3035/2025**

Sitzungsverlauf:

Stadtrat Rupp verlässt wegen Befangenheit den Ratstisch

Der Vorsitzende lobt den vorliegenden Bericht als einen Meilenstein der Transparenz. Ein einfacher Mietspiegel helfe, die ortsübliche Vergleichsmiete zu erheben. Das schaffe Transparenz für beide Seiten – Mieter und Vermieter.

Es folgen die Stellungnahmen von Stadträtin Fackel-Kretz-Keller sowie der Stadträte Melkus, Dr. Rittmann und Pitsch.

Stadtrat Dr. Lorenz äußert, Wasser in den Wein gießen zu müssen. Die Anzahl der ausgewerteten Mietverhältnisse seien eine kleine Stichprobe ohne große Aussagekraft. Dennoch stimme die FDP zu.

Stadtrat Zieger hält 800 Rückläufer bei einer freiwilligen Abgabe für nicht so schlecht. Die Frage sei aber, ob es dauerhaft so viele Fragebögen blieben und damit zur Datenerhebung ausreichen.

Der Vorsitzende dankt den Mitarbeiter/innen des Gutachterausschusses und Kämmerin Susanne Nagel. Die Verwaltung komme im Herbst auch mit einer Vorlage zum Leerstandskataster in den Rat.

Beschluss:

Der Gemeinderat erkennt die vorliegende Übersicht über die ortsübliche Vergleichsmiete für das Gebiet der Stadt Schwetzingen, Stand 01.10.2024, als einfachen Mietspiegel im Sinne des § 558c Abs. 1 BGB an.

Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 1

TOP 12 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: 3044/2025

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende dankt den Spender/innen und bittet den Gemeinderat um formelle Annahme der Spenden.

Beschluss:

Der Annahme bzw. Vermittlung der in der Anlage aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen wird zugestimmt.

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 13 Finanzhalbjahresbericht - Erläuterungen in der Sitzung

Sitzungsverlauf:

Kämmerin Nagel trägt den Finanzhalbjahresstatus (s. Anlage) vor. Die desolaten Finanzen trieben alle Kommunen um. Auch die Situation im Rhein-Neckar-Kreis sei schlecht. Vor allem der Anstieg der Sozialleistungen mache rund 63 Prozent der landesweiten Ausgaben aus.

Stadtrat Dr. Rittmann möchte wissen, ob denn die Erkenntnisse aus dem 1. Halbjahr von mehr Einkommenssteuereinnahme bereits eingeflossen seien. Kämmerin Nagel bejaht dies, dies würde allerdings nur 14.200 EUR Mehreinnahmen bedeuten.

Der Vorsitzende gibt zu bedenken, dass inzwischen für die Kommunen insgesamt die kommunalen Finanzen eine absolute Herausforderung darstellen würden.

TOP 14 Öffentliche Bekanntgaben / Anfragen

Sitzungsverlauf:

Stadtrat Petzold bemängelt, dass die Lage bzw. Ausrichtung der längs zum Alten Messplatz verlaufenden Behindertenparkplätze nicht ideal für gehbehinderte Beifahrer/innen sei. Schuld sei der dortige Randstein. Der Vorsitzende sichert zu, dass man diesen Aspekt bei der Neugestaltung berücksichtigen werde.

Stadtrat Melkus spricht das sich immer noch auf der Carl-Theodor-Brücke befindliche Absperrungsgitter an. Amtsleiter Schemenauer berichtet vom vorgesehenen Beseitigungsplan.

Stadträtin Vobis-Mink regt an, in der Karlsruher Straße 6 in Höhe der dortigen Arztpraxis einen Behindertenparkplatz einzurichten.

Stadträtin Rebmann möchte wissen, weshalb kürzlich im Gebäude Maximilianstraße 5 das Wasser abgestellt gewesen sei. Der Vorsitzende will das prüfen lassen.

